№ 1597. Donnerstag, den 20. November. (Morgen-Ausgabe.) 1862.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübner, in Altona: Haasenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Türkheim und J. Schöneberg.

Danziger Zeitung.



Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen den 19. November, 8 Uhr 50 Min. Abends.

Berlin, 19. November. Der hiesige Provinzial-Landtag hat eine Ergebenheitsadresse an den König angenommen, eine Deputation wird dieselbe überreichen. — Aus Kassel kommen Gerüchte von Auflösung oder Vertagung der Ständeversammlung. Die Führer des Hessenvereins Buttlar und Scheffer berathen mit dem Kurfürsten.

Angekommen 19. Novbr., 8 Uhr 14 Min. Abends.

Wien, 19. November. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses hat heute beschlossen, vom Gesammterforderniß des Kriegsbudgets für 1863 sechs Millionen zu streichen. Der Kriegsminister hatte sich zu fünf Millionen bereit erklärt und behielt sich seine weitere Erklärung vor.

Deutschland.

— Die dänischen Blätter veröffentlichen die Antwortsnote des Ministers Hall an das Berliner Cabinet, die so umfangreich ist, daß wir uns auf einen möglichst kurzen Auszug derselben beschränken müssen: Nachdem Hr. Hall im Anfang seiner Depesche in weitschweifigen und wenig inhaltsreichen Phrasen den Standpunkt der dänischen Regierung zu der schleswig-holsteinischen Frage noch nochmals auseinander gesetzt, namentlich aber dagegen sich verwahrt hat, daß die schleswigsche Frage mit in den Kreis der Verhandlungen gezogen wird; wendet er sich gegen die Forderungen der preußischen und österreichischen Depeschen Betreffs der Verwaltung Schleswigs und Holsteins und giebt der Ueberzeugung Ausdruck, daß man mit diesen Forderungen nichts weniger als einen Umsturz der dänischen Verfassung beabsichtige. Der Minister constatirt darauf in Verfolg des Actenstückes den Entwickelungsgang, den die Angelegenheit der Verfassung der Herzogthümer genommen hat und sagt in dieser Beziehung: Im Jahr 1851, als die königliche Regierung sich der ernsten Aufgabe unterzog, eine neue Ordnung der Monarchie zu schaffen, glaubte sie es möglich, die Herzogthümer Holstein und Lauenburg in diese Organisation einzuordnen. Die Regierung verhehlte sich indessen nicht die Gefahren eines solchen Versuchs und sie erkannte vollkommen an, daß derselbe nur unter zwei Bedingungen gelingen konnte, die deshalb auch in der Correspondenz von 1851 ausdrücklich formulirt wurden. Einerseits heißt es in der dänischen Depesche vom 6. December 1851, daß „dem eventuell zu fassenden Beschlusse des Königs die nie aufgegebene Hoffnung zum Grunde liegt, daß seine irregeleiteten Unterthanen in überwiegender Zahl zu ihrer Pflicht zurückgekehrt sind." Andererseits richtete die königliche Regierung die ausdrückliche Erklärung an die beiden deutschen Höfe, „daß die Möglichkeit einer solchen gemeinschaftlichen Verfassung nur dadurch gegeben sein wird, daß den Verpflichtungen, welche der König als Mitglied des deutschen Bundes übernommen hat, keine weitere Ausdehnung gegeben werde, und daß endlich der Bundestag von jedweder Competenz-Begründung in oder rücksichtlich des dänischen Kronlandes Schleswig absehe." Leider ist aber keine dieser Voraussetzungen in Erfüllung gegangen. Statt sich einer Gesammtverfassung anzuschließen, deren „Uebereinstimmung mit den Gesetzen und Rechten des Bundes die Bundesversammlung anerkannt hat," hat die holsteinische Ständeversammlung formell ausgesprochen, daß „die Selbstständigkeit der einzelnen zur Monarchie vereinigten Länder mit der Bildung einer gemeinschaftlichen Repräsentation in einem Gesammtorgane unvereinbar sei." So veränderten Verhältnissen gegenüber wäre die königliche Regierung berechtigt gewesen, den Weg zu betreten, welchen die kaiserlich österreichische Depesche vom 26. December 1851 selbst uns angewiesen hat, dem Bunde eine Erörterung der Gründe zu geben, die uns veranlassen könnten, durch andere als die vorgedachten Mittel das Ziel zu erstreben. Die königliche Regierung wählte indessen nicht diesen Weg, sondern zog es vor, so lange als irgend möglich an der constitutionellen Verbindung Holsteins mit den übrigen Theilen der Monarchie festzuhalten. Wiederum liegen Bundesbeschlüsse vor. Diesmal fordern sie unter Androhung von Exekution, „daß alle Gesetzvorlagen, welche dem Reichsrathe zugehen, auch den Ständen der Herzogthümern Holstein und Lauenburg vorgelegt werden sollen, und daß kein Gesetz über gemeinschaftliche Angelegenheiten, namentlich auch in Finanzsachen, für die Herzogthümer erlassen werde, wenn es nicht die Zustimmung der Stände erhalten hat." So sehr wir nun auch bedauern, daß die Verhältnisse uns nicht gestattet haben, den Weg zu verfolgen, auf dem wir eine engere Verbindung aller Theile der Monarchie zu einem wohlgeordneten Ganzen erstrebten, so haben wir doch uns im Principe bereit erklärt, uns dieser Forderung zu fügen. Nur haben wir, durch eine traurige Erfahrung belehrt, uns bemüht, der neuen Ordnung ein besseres Loos zu bereiten, als der früheren zu Theil ward, indem wir wünschen müssen, uns mit Deutschland über die Bestimmungen zu verständigen, welche ein solches Zusammenwirken des Reichsraths und der holsteinischen Stände erheischt, bevor wir denselben eine solche neue, auch die gemeinschaftlichen Angelegenheiten umfassende Stellung anweisen. Dies ist der Zweck der gegenwärtigen Verhandlung. Die Depesche schließt mit den Worten: Man wird uns immer willig finden, den deutschen Herzogthümern Alles einzuräumen, was der deutsche Bund mit irgend einem Recht oder mit einiger Billigkeit für sie fordern kann. Nur das muß die königliche Regierung als ihre erste und unabweisliche Pflicht festhalten, daß Holsteins Selbstständigkeit nicht die Abhängigkeit der dänischen Monarchie mit sich führt."

Gostyn, 16. November. (Ostd. Z.) Unser Bürgermeister, Herr Imkemeier, that bei dem letzten Pfingstschießen den besten Schuß für unseren König. Man beschloß, Sr. Majestät eine Erinnerungsmedaille zu übersenden. Dieselbe wurde in Breslau angefertigt; als sie fertig war, überschickte man sie dem Kreislandrathe behufs Ueberreichung an Se. Majestät. Der Landrath schickte aber nach längerer Zeit die Medaille zurück, mit dem Bescheide: „es gezieme sich jetzt nicht mehr, Sr. Majestät diese Erinnerungszeichen zu übersenden". Die Schützengilde ließ es dabei nicht bewenden, sondern bat die Königl. Regierung zu Posen, die Medaille nach Berlin zu schicken. Aber auch die Regierung ließ die unglückliche Medaille mehrere Wochen lang liegen, bis sie vor 14 Tagen etwa mit einem ähnlichen Bescheide, wie der des Landraths, wieder in Gostyn ankam. Die Gilde hat nun jetzt selbst die Medaille, sammt den Bescheiden unseres Landraths und der Regierung zu Posen, an den König geschickt, und man ist allgemein darauf gespannt, welche Antwort darauf erfolgen wird.

Stuttgart, 15. November. Zum Leichenbegängniß des großen Dichters Uhland wird sich eine große Zahl Verehrer aus dem ganzen Lande morgen in Tübingen einfinden. Der Kammerpräsident Römer, der mit Uhland selbst persönlich nahe befreundet war, wird öffentlich die Collegen zur Theilnahme an dieser nationalen Trauerfeier einladen. Von Seiten des hiesigen Liederkranzes, von den Gemeindecollegien, von allen Seiten werden Beweise der Trauer um diesen Todten zu Tage kommen. Ein Extrazug zu diesem Zwecke ist von Seiten des Finanzministeriums und der Eisenbahnverwaltung bewilligt worden. Die Regierung hat an Uhland viel Unrecht gut zu machen. In ihm erleidet die deutsche Nation einen doppelten Verlust: denn er war der erste große deutsche Dichter, der die politische und die poetische Praxis im Dienst des Volkes und der Freiheit zu verbinden wußte und sie übte bis in seine letzten Jahre.

Wien, 15. November. Die Finanznoth hat folgenden Vorschlag zur Vermehrung der Staatseinnahmen erfunden: Jedes Eisenbahn- oder Dampfschiffbillet, ohne Unterschied der Klasse und der Strecke, zahlt 5 Kreuzer Stempelsteuer. Die Majorität des Abgeordnetenhauses beschloß vorgestern, um angeblich der ärmeren Volksklasse gerecht zu werden, die Fahrkarten bis zum Preise von 2 Fl. steuerfrei zu lassen, darüber hinaus aber von einer Karte erster Klasse 15, zweiter Klasse 10 und dritter Klasse 5 Kreuzer zu erheben. Gestern beschloß der Finanzausschuß auf eine Steuererhöhung von den Zinscoupons der österreichischen Staatspapiere, also auf eine gesteigerte Confiscation des geliehenen Betrages um 7 pCt., und auf eine Verdoppelung des außerordentlichen Zuschlages zur Grund-, Haus-, Klassen-, Erwerb- und Einkommensteuer für die Dauer eines Jahres anzutragen.

— Die vorgestern Abend im Hotel des Staats-Ministerium Statt gefundene Conferenz des Herrn v. Schmerling mit den 16 Abgeordneten blieb eine resultatlose. Die „Presse" meint, es scheine „überhaupt auf Erzielung eines unmittelbaren Resultates gar nicht abgesehen gewesen zu sein." Die Conversation drehte sich um die Wichtigkeit und die Tragweite der rücksichtlich des Kriegs-Budgets bevorstehenden Verhandlungen. Selbstverständlich kam man im Laufe der Conversation auch auf die bevorstehende, bereits erwähnte Nachtragsforderung monatlicher 65,000 Fl. für die Truppen des Herzogs von Modena zu sprechen. Der Staatsminister erklärte, es werde diese Nachtragsforderung allerdings eingebracht werden; allein es sei gegründete Aussicht vorhanden, die Angelegenheit bald der Art erledigt zu sehen, daß jener Betrag nicht das ganze Verwaltungsjahr hindurch werde in Anspruch genommen werden. Die diesfälligen Verhandlungen seien ihrem Abschlusse ziemlich nahe gerückt; übrigens sei der geforderte Betrag nur vorschußweise und gegen Rückersatz Seitens des Herzogs von Modena zu bewilligen. Seitens der Abgeordneten wurde in dieser Richtung keine bestimmte Erklärung abgegeben; in Abgeordneten-Kreisen jedoch ist man durch die in Aussicht stehende Nachtragsforderung höchst unangenehm berührt, und es dürfte bei der Verhandlung darüber im Ausschusse sowohl als im Hause zu harten Kämpfen kommen. Allgemein fiel es auf, daß Herr v. Schmerling zu jener Besprechung über das Militair-Budget den Referenten des Ausschusses, Dr. Giskra, einzuladen unterließ, dessen Person doch, wo es sich um eine Verständigung handelte, zunächst zu berücksichtigen gewesen wäre.

Italien.

Turin, 14. November. Wie bekannt, ist die Note des Herrn Drouyn de Lhuys zunächst als Antwort auf eine Depesche des Generals Durando vom 8. November zu betrachten. Der hiesige Correspondent der „K. Z." bringt nun über die Geschichte dieser Depesche einige nähere Mittheilungen. Herr Nigra kehrte im vorigen Monate unerwarteter Weise noch vor Ablauf seines Urlaubs aus Turin zurück. Er sollte nämlich Herrn Thouvenel eine Note überreichen, als deren nächste Veranlassung die bekannten im Moniteur erschienenen Documente zu betrachten sind. In diesem Actenstücke adoptirte General Durando den Standpunkt des kaiserlichen Briefes; er erklärte, „Italien sei bereit, die päpstlichen Grenzen zu respectiren", somit die von Frankreich für die Räumung Roms gestellte Bedingung zu erfüllen. Der italienische Gesandte las Herrn Thouvenel diese Depesche in vertraulicher Weise vor und letzterer zeigte sich über dieselbe höchst befriedigt. Aber gerade in diesen Zeitpunkt fällt die Entlassung Thouvenels, wodurch die Situation eine erhebliche Aenderung zu erleiden schien. Das italienische Cabinet hielt es nun für würdiger, in eine größere Reserve zurückzutreten; es wollte nicht den Schein auf sich laden, als sei jenes wichtige Zugeständniß unter der Pression der neuen Wendung der Politik der Tuilerien gegeben worden. Herr Nigra hat daher die Note in ihrer ursprünglichen Gestalt nicht eingereicht. Man hat das erwähnte Garantie-Versprechen wieder gestrichen, so daß das Aktenstück nur den nochmaligen Nachweis enthielt, daß der Status quo nicht fortdauern und die französische Armee nicht noch auf unbestimmte Zeit in Rom bleiben könne. Was also auch die Ernennung des Herrn Drouyn de Lhuys zu bedeuten haben mag, man wird dem Cabinet nicht vorwerfen können, daß es der Würde Italiens etwas vergeben habe. Die Parlaments-Eröffnung wird weiteres Licht auf diese interessanten Unterhandlungen werfen, die man bis jetzt absichtlich geheim gehalten. Graf Sartiges wird zur Zeit der Eröffnung der Kammern bereits hier sein.

— Kraft des neuen Zoll-Reglements, welches mit 1. Januar 1863 ins Leben treten soll, hören Ancona, Livorno und Messina auf, Freihäfen zu sein. Die Deputirten Toscanas, der Marken und Siciliens beabsichtigen, Interpellationen über diese Maßregel an das Ministerium zu richten.

Griechenland.

Athen, 17. November. In diesen Tagen kam aus Nauplia Frau Kalliope Papalixopulos, die merkwürdigste der griechischen Damen, hier an. Dieselbe wird, und mit Recht, als einer der wichtigsten Hebel der Revolution betrachtet. Obgleich schon im reiferen Alter, wirkte dieselbe doch durch ihre geistreiche Beredsamkeit in hohem Grade für die Revolution. Ihr Haus in Nauplia, welches sie seit zwölf Jahren, d. h. seit dem Tode ihres Gatten, des Senators Papalixopulos, nicht verlassen, war das Hauptquartier für die ganze griechische Opposition, ihr Salon der besuchteste in Griechenland. Seit Jahren steht dieselbe mit allen bedeutenden Männern des Landes in Correspondenz. Die merkwürdige Frau hatte geschworen, Athen nur dann zu betreten, wenn der König entthront wäre; nun hat sie Wort gehalten. Ihr Einzug in Athen war ein wahrer Triumph. Die Mitglieder der Regierung, die fremden Gesandten, alle weltlichen und geistlichen Eminenzen der Stadt drängen sich in ihrem Salon zusammen.

Afrika.

Chartrum, 10. September. Die neuesten aus Abyssynien angelangten Nachrichten melden, daß Kaiser Theodor sich mit ehrgeizigen Kriegsplänen beschäftige. Es heißt, daß er an Mohamed Waid Zajd, den Scheich der Debaina, eines an der abyssinischen Grenze wohnenden Araberstammes, eine schriftliche Aufforderung zur Unterwerfung und Tributleistung gerichtet habe. Auch soll er vor kurzem in einem Schreiben an Said Pascha die Abtretung der Länder bis Dongola gefordert und seinen Entschluß kund gegeben haben, dieselben mit Gewalt zu nehmen, wenn sie ihm nicht gutwillig abgetreten würden. Dasselbe Ansinnen hatte Theodor bereits vor vier Jahren durch eine eigene Gesandtschaft an den Vicekönig von Aegypten gestellt. Gegenwärtig steht er nun nach seiner Rückkehr von den mit Sieg gekrönten Feldzügen gegen die Gallas dicht an der Grenze des Sudans und könnte, von Uebermuth getrieben, nach der Regenzeit im October auf unserm Boden erscheinen. Er hat eine bedeutende irregulaire Armee nebst 14 Kanonen, während hier sich bloß 4000 Mann nebst 4 Kanonen befinden, von welchen letztern überdies zwei unbrauchbar sind, weil die vorhandenen Kugeln zu denselben nicht passen. Hierzu kommt noch, daß die Hadenda-Araber im Osten der Provinz Taka sich gegen die egyptischen Behörden empört haben und diesen vollauf zu schaffen machen. Es ist auch nicht unmöglich, daß diese Empörung von Abyssinien aus geleitet wird, denn Kaiser Theodor verspricht allen egyptischen Unterthanen, welche sich ihm freiwillig unterwerfen, eine 10jährige Steuerfreiheit, was auf die von den egyptischen Behörden so sehr gedrückten Araber höchst lockend wirken muß.

Danzig, den 20. November.

* [Stadtverordneten-Versammlung am 18. Nov.] (Schluß.) Der Saal im grünen Thore wird auch für die Dauer der diesjährigen Kunstausstellung bewilligt. — Gegen die Anstellung des Regierungs-Supernumerars Ziebarth als Magistrats-Secretair wird nichts erinnert. — Das neue Statut für die Stiftung für außerordentliche Unglücksfälle hat nunmehr die Genehmigung des Oberpräsidiums erhalten und tritt somit in Kraft. — Für den Bau eines Oberförsterhauses in Steegen liegen zwei Anschläge vor; der Massivbau erfordert 6200 Thlr., der Holzbau 5300 Thlr. Magistrat und Kämmereideputation haben sich für Massivbau erklärt und auch die Versammlung entscheidet sich nach kurzer Debatte dafür und bewilligt dazu die beanspruchte Summe. — Durch die jetzige genauere Präzisirung des Etats für das Gymnasium hat sich herausgestellt, daß die bisher für Anschaffung von physikalischen Instrumenten ausgeworfene geringe Summe einen fühlbaren Mangel an denselben erzeugt, dem abgeholfen werden muß. Es werden in Berücksichtigung der Nothwendigkeit ohne Discussion 363 Thlr. zur Completirung bewilligt. — Der Antrag des Magistrats, die Verpachtung des Grundstücks Steegen 103 für 10 Thlr. jährlich an den Forstambulanten Kaminski zu genehmigen, veranlaßt den Herrn Magistrats-Commissarius, Kämmerer Strauß, auf die Aeußerung eines Mitgliedes, die Stadt habe durch Acquisition dieses Grundstücks ein schlechtes Geschäft gemacht, zu erwidern, daß die Verwaltung auch nicht im entferntesten die Absicht gehabt habe, damit ein brillantes Geschäft zu machen, sondern die wahre Absicht sei gewesen, diesen mitten in der Forst außer aller und jeder Controle liegenden Platz für die Commune unter allen Umständen zu erwerben, um die Forst gegen Waldfrevel schützen zu können, was nicht möglich war, so lange dieses vollkommen isolirte Grundstück in Privathänden sich befand, die erwiesener Maßen großen Schaden angerichtet hätten. Es würden in nächster Zeit noch mehrere Anträge gestellt werden, die ganz in derselben Absicht gestellt und hoffentlich trotz des scheinbar „schlechten Geschäfts" von den

Stadtverordneten genehmigt werden würden. Die Versammlung genehmigt die Verpachtung und in Consequenz dessen auch die nöthige Summe zur Instandsetzung der Gebäulichkeiten daselbst. — Der vorgelegte Vertrags-Entwurf zwischen dem Magistrat und dem Lazareth-Vorstand wegen Unterhaltung einer Röhrenleitung wird der Baudeputation zur vorherigen Prüfung und Berichterstattung überwiesen. — Nachbewilligt werden auch noch 245 Thlr. für Reparatur der Sandgrub'schen Brücke.

Elbing, 17. November. Der „K. H. Z." wird von hier geschrieben: Die Härten des neuen Gewerbesteuer-Gesetzes vom 19. Juli v. J. werden in Elbing noch fühlbarer als an anderen Orten, weil die neugeschaffene höchste Steuerklasse „zur Heranziehung der Magnaten des Handels und der Industrie" auch auf unsern Ort ausgedehnt ist und dann auch, weil wir in dieser Beziehung mit dem reichen Danzig zusammengeworfen werden. Die daraus hervorgehenden Mißstände beleuchtete Herr Oberbürgermeister Philips kürzlich in einer Rede, deren wesentlicher Inhalt auch weitere Kreise interessiren dürfte. Während die Kaufleute früher hier im Durchschnitt 18 Thaler Gewerbesteuer zahlten und sich unter einander einschätzten, ist der Mittelsatz der Klasse A. I. jetzt 96 Thaler und die Regierung, welche unmöglich von dem Stande der Geschäfte unterrichtet sein kann, bestimmt allein, wer von ihnen zu dieser Klasse gehören soll. Werden nun, wie es aus finanziellen Gründen Plan der Regierung zu sein scheint, alljährlich mehr Gewerbetreibende in diese höchste Klasse versetzt und werden diese der Natur der Sache nach geringer als zum Durchschnittssatz eingeschätzt, so müssen natürlich alle übrigen zur Deckung dieser Differenz höher herangezogen werden und daraus folgt, daß Jemand bei gleichem Stande seines Gewerbes von demselben alljährlich höher besteuert wird, nur um das zu decken, was seine Genossen weniger als 96 Thaler zahlen. Die Vertheilung der Steuer in dieser höchsten Klasse ist zwar einer Commission übertragen, die natürlich alle ihrer Ansicht nach von der Behörde zu hoch Veranschlagten in die zweite Klasse zurückzuversetzen sucht, die Regierung ist jedoch in dieser Commission durch einen Commissar vertreten, der gegen jeden dieser Beschlüsse Berufung einlegen kann, in welchem Falle das Finanzministerium entscheidet, ob den Anträgen jener Commission Folge zu geben ist. Demnach wird die Wirksamkeit der Commissionen vollständig illusorisch und sollen aus diesem Grunde schon in mehreren Regierungsbezirken dieselben ihre Thätigkeit als gänzlich erfolglos suspendirt haben. Für Elbing kommt zu diesen im ganzen Lande gefühlten Uebelständen noch der, daß unsere 7 Höchstbesteuerten mit ca. 50 in gleicher Lage befindlichen Danzigern zusammengeworfen werden, wonach also in der aus sechs Danzigern und einem Elbinger bestehenden Commission die Kaufleute einer fremden Stadt die Steuerfähigkeit eines ihnen oft kaum dem Namen nach bekannten Genossen bestimmen müssen, während bei Stimmengleichheit ihrerseits der Elbinger in die Lage kommt, über das Geschäft eines Danzigers, von dem er natürlich in der Regel ebenso wenig weiß, das entscheidende Votum abzugeben. Dieses Gesetz ist auch eins von denen, dessen Bewilligung der freisinnige Finanzminister v. Patow der freisinnigen Majorität des Herrn v. Vincke verdankt, die Fortschrittspartei, zwar damals nur 18 Mitglieder zählend, sah darin eine Ueberbürdung des Gewerbes und hat deshalb dagegen gestimmt. Es ist doch wohl ganz nützlich, diejenigen, welche von nutzloser Opposition schwatzen, von Zeit zu Zeit durch Facta daran zu erinnern, was für practische Resultate eine die Ausgabe und Einnahme des Staats genau controlirende Partei zum Besten des steuerzahlenden Volkes erzielen kann.

Thorn, 18. November. Von zuverlässiger Seite erfahren wir, daß von Warschau aus die Mittheilung geworden, die Bahnstrecke Thorn-Warschau könne am 1. n. Mts. dem Verkehr übergeben werden. Von maßbebender Stelle in Berlin ist hierüber noch kein defintiver Bescheid erfolgt, doch ist auf der Bahnstrecke Thorn bis zur Landesgrenze Alles so arrangirt, daß wenn Abends der Befehl zur Eröffnung ergeht, der Betrieb schon am nächsten Morgen beginnen kann. — Es bestätigt sich aus weiteren Mittheilungen, daß die Eisenbahnbrücke bei Wloclawek sich gesenkt hat, allein hierdurch der Verkehr auf der Eisenbahn nicht gestört werden wird.

* Königsberg, 18. November. Bekänntlich war eine Nummer der „K. H. Z." von der Polizei mit Beschlag belegt, weil sie einen Aufruf zu Beiträgen zum Nationalfond enthält. Dieselbe ist durch Beschluß des Polizeirichters indeß frei gegeben worden. Der Beschluß führt aus, daß selbst dann, wenn die Unterzeichner des Aufrufs sich der Uebertretung einer Polizeiverordnung schuldig gemacht hätten, die Confiscation nicht gerechtfertigt wäre. Es wird des Weiteren ausgeführt, daß nur dann, wenn der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand eines Verbrechens oder Vergehens darstelle, die Beschlagnahme zuläßig sei.

Gerdauen, 17. November. Die „K. H. Z." schreibt: Als historisches Factum wird berichtet, daß aus dem Gerdauer, Friedländer und Rastenburger Kreise als Beitrag zum Nationalfonds die Summe von 97 Thlr. 20 Sgr. abgesandt worden ist. — Die Herren Winckler-Popowken, Loreck-Arnsdorf und Koch Neuendorfshof halten für den Gerdauer Kreis jederzeit einen Seckel bereit, hoffend, daß ihre liberalen Gesinnungsgenossen denselben füllen werden.

Vermischtes.

— Der Tod Ludwig Uhlands giebt Veranlassung, einen Characterzug desselben zu erzählen, der, bisher nur von Mund zu Mund verbreitet, durch den Druck aber noch nicht veröffentlicht ist. Wir haben denselben aus der Mittheilung eines Ohrenzeugen. Bei dem funfzigjährigen Doctorjubiläum Uhlands wurde demselben von den Tübinger Studenten ein Fackelzug gebracht und dabei das herrliche Lied gesungen: „Es zogen drei Bursche wohl über den Rhein." Plötzlich trat der Jubilar in den Kreis der Sänger und bat, die beiden letzten Verse nicht zu singen, denn der dritte, von dem er erzählt habe, sei er selbst. — Uhland ist bekanntlich nie verheirathet gewesen; dem Gelübde: „Dich habe ich geliebet, Dich lieb' ich noch heut und werde Dich lieben in Ewigkeit" ist er Zeitlebens treu geblieben. (B. A. Z.)

— [Neuseeländische Poesie.] Die neuseeländischen Häuptlinge haben folgende Consulations-Adresse an die Königin Victoria gesendet:

„O Victoria, unsere Mutter! Wir grüßen Dich! Du, die Du Alles bist, was nun übrig bleibt, um uns Albert, den Prinz Gemahl, welcher nie wieder von dem Volke angestaunt werden kann, ins Gedächtniß zurückzurufen.

Wir, Deine Maori-Kinder, seufzen in Sorge zusammen mit Dir, selbst mit einer Sorge, gleich der Deinigen. O, unsere gute Mutter, die uns, Deine unwissenden Kinder dieser Insel, bis auf diesen Tag genährt hat.

Wir haben soeben vernommen das Gekrach des großhäuptigen Waldbaumes, welcher vorzeitig gefallen ist, bevor er sein volles Maß der Größe erreicht hatte.

O, gute Lady, wir bitten, blick' mit Wohlgefallen auf unsere Liebe. Obgleich wir störrische Kinder gewesen sein mögen, so haben wir Dich doch immer geliebt.

Dies ist unser Jammer. Groß ist die Pein, welche an mir nagt wegen des Verlustes meines Geliebten.

Ach, Du wirst unter den andern abgeschiedenen Königen begraben liegen.

Sie werden Dich bei den andern abgeschiedenen Helden des Landes lassen.

Bei den Todten der Stämme der Monzo von 'Ti Mani.

Wandle denn furchtlos, O Panzo, mein Geliebter, in dem Pfade des Todes; denn keine bösen Verläumdungen können Dir folgen.

O mein wahres Herz! Du schütztest mich vor den Sorgen und Uebeln des Leibes.

O mein Lieblingsvogel, dessen Stimme meine frohen Gäste bewillkommte!

O mein edler Lieblingsvogel, gefangen in den Wäldern von Rapaura!

Laßt nun den Körper meines Geliebten bedeckt werden mit königlichen Purpurgewändern!

Laßt ihn bedeckt werden mit den seltensten Gewändern!

Der große Rewa, mein Geliebter, soll sie selbst um Dich binden.

Und mein Ohrring von köstlichem Jaspis soll in Dein Ohr gehängt werden.

Denn, o! mein köstlichstes Juwel, Du bist nun verloren für mich.

Ja, Du, der Pfeiler, der meinen Palast stützte, Du bist nun in die Himmel getragen worden.

O, mein Geliebter! Du pflegtest in dem vordersten Theil des Kriegs-Kanoe zu stehen, alle Anderen zu edeln Thaten antreibend. Ja, in Deiner Lebenszeit warst Du groß.

Und nun bist Du abgeschieden nach dem Platze, wohin selbst alle Mächtigen zuletzt gehen müssen. Wo, o Ihr Aerzte, war die Macht Eurer Mittel?

Was, Ihr Priester, halfen Eure Gebete?

Denn ich habe verloren meine Liebe; nicht mehr kann er diese Welt wieder besuchen."

Mateun Te Whieche, Riwai Te Ahu, Wiremu Tamihana Te Neke (und noch 17 andere Häuptlinge).

— [Die altberühmte Zunft] der Stiefelputzer, vulgo Wichsiers, hätte ihrerseits alle gegründete Ursache auch einen Vertreter nach London zur Industrie-Ausstellung abzusenden, um dort die neuesten Fortschritte ihrer blanken Kunst sich anzueignen und sie dem Continent zu Füßen zu legen. Dortigen Stiefelputzern giebt eine patentirte Schuh- und Stiefelreinigungsmaschine von Rowling Gelegenheit mittelst einer Empfehlungskarte, auf welcher die Maschine anschaulich dargestellt ist, den Besuchern der Ausstellung ihre „glänzenden" Dienste anzubieten und sie den Maschinenreichthum unserer Zeit bewundern zu lassen. Die Maschine selbst ist ein kleiner, sinnreicher, an die Wand zu befestigender Apparat. Durch das Ziehen an einem Vorlaßgriffe schlägt sich der Fuß des Apparates so weit zusammen, daß der Stiefel oder Schuh mit Bequemlichkeit darüber hinweggezogen und, nachdem dies geschehen, durch einen zweiten Zug am Vorlaßgriffe die nöthige Befestigung, resp. Anspannung der Fußbekleidung erreicht wird, worauf die Reinigung und Auftragung der Wichse erfolgt. Ein dritter Zug am Griffe befreit den Schuh oder Stiefel von seiner Fessel und der Herr Stiefelputzer hat in wahrhaft gentiler Weise sein fußcultivirendes Werk vollbracht.

Verantwortlicher Redacteur: H. Rickert in Danzig.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.